



Problem Beihilfe

Zur aktuellen Situation nach der Einführung der Kostendämpfungs-pauschale (KDP) – Reaktionen

Mit Erstaunen mussten die beihilfeberechtigten Mitarbeiter der Landesverwaltung in ihrer aktuellen Gehaltsmitteilung lesen, dass es aufgrund der Einführung der KDP und einer eingehenden Systemumstellung zu Rückständen bei der Bearbeitung der aktuellen Beihilfeanträge kommt. Es würden daher zurzeit nur Abschlagszahlungen bei Aufwendungen über 5 000 Euro (!) getätigt. Die Anträge ab 3. Januar 2011 könnten aus oben genannten Gründen zur Zeit nicht bearbeitet werden.

Was soll diese Mitteilung den Kollegen/-innen nun sagen? Was macht man, wenn man Rechnungen in Höhe von 4 999 Euro hat? Soll der durch die KDP bereits gebeutelte Mitarbeiter sich über diese Nachricht auch noch freuen? Sicher nicht. Und das kann auch keiner erwarten. Denn wenn man auch noch gegen die Gewerkschaften und die Mitarbeiter eine solche „Gehaltskürzung“ wie die KDP durchsetzt, muss man auch für die reibungslose Umsetzung Sorge tragen. Was hier passiert ist, ist schlichtweg eine Frechheit. Diese Botschaft scheint

jedoch auch beim zuständigen Ministerium für Finanzen angekommen zu sein und siehe da, es folgte eine prompte Reaktion (Pressemitteilung vom 28. Januar 2011 – 15:30 Uhr – http://www.saarland.de/12718_75394.htm). Ab Kalenderwoche 5 soll die reguläre Bearbeitung aller Anträge wieder aufgenommen werden.

Interessant ist die Reaktion einer Gewerkschaft, die sich scheinbar zum Medienorgan berufen fühlt und den Eindruck, im Sinne von „Wir kümmern

uns“ vermitteln will, dass nur durch ihre Intervention die Probleme bei der Beihilfestelle gelöst worden sind. Daher wird dann am 31. Januar 2011 um 12:37 Uhr (!) in einer Flut von Faxmitteilungen verkündet, dass man die Sache geklärt habe. Naja, wenn man ehrlich ist, war doch schon erledigt. Dessen ungeachtet sollten künftig schlechte Nachrichten nicht vorschnell per Mitteilung (Kosten?) versandt werden, wenn man dann ein paar Tage später zurück rudert. Denn viele Kollegen/-innen haben sich wohl gefragt, ob sie

einen vorgezogenen Aprilscherz erhalten haben. Das ist ganz schlechte Werbung für das sowieso schon schlechte Beihilfeniveau (im Ländervergleich) im Saarland. Nach der KDP sollte man wenigstens seine Beihilfe innerhalb einer angemessenen Zeit erhalten. In der Polizei verdienen die wenigsten 5 000 Euro im Monat.

PS: Auch wir danken den Mitarbeitern der Beihilfestelle und hoffen, dass mit steigenden Bearbeitungszahlen vielleicht auch eine Steigerung der Zahl der Mitarbeiter möglich ist. ■

Einkommensrunde für Landesbeschäftigte hat begonnen

Stöhr: jetzt konstruktiv verhandeln

Eine faire Bezahlung und klare Perspektiven für den öffentlichen Dienst der Länder hat der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion und dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr nach dem Start der Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten am 4. Februar 2011 in Berlin angemahnt. „Das bleibt unser Ziel, und das haben wir heute deutlich gemacht“, sagte Stöhr nach dem Ende der ersten Verhandlungsrunde. „In der nächsten Runde muss jetzt ein Angebot der Arbeitgeber auf den Tisch, um konstruktiv verhandeln zu können. Der öffentliche Dienst darf nicht länger von der Einkommensentwicklung in der Wirtschaft abgekoppelt werden. Das demotiviert die Beschäftigten und macht die Arbeit unattraktiv. Der öffentliche Dienst verliere dadurch an Leistungsfähigkeit. Das ginge zu Lasten der Bürger.



> Frank Stöhr

Es kann auch nicht im Interesse der Länder liegen, die künftig mehr denn je auf die Gewinnung von gut qualifiziertem Personal angewiesen sein werden“, sagte Stöhr. „Ginge es nach der Politik und ihrem ständigen Verweis auf leere Kassen, dürften wir in den nächsten zehn Jahren keine Forderung mehr stellen“, so der dbb Verhandlungsführer. „Angesichts der anziehenden Konjunktur und der Tatsache, dass Politiker zu höheren Lohnabschlüssen in der Wirtschaft ermutigen,

kann es nicht angehen, den öffentlichen Dienst weiter auf Verschleiß zu fahren. Wir wollen nichts weiter als eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten am Wirtschaftsaufschwung und eine zukunftsorientierte Personalpolitik.“ Dem trage die gewerkschaftliche Forderung nach 50 Euro Sockelbetrag und einer Anhebung der Tabellenentgelte um drei Prozent bei einer 14-monatigen Laufzeit Rechnung, so Stöhr. Der materielle Gehalt der Tarifeinigung müsse zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden. Die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) werden am 24. Februar 2011 in Potsdam fortgesetzt. ■



Impressum:

Redaktion:
Willi Kummer (V. i. S. d. P.)
Franz-Schubert-Straße 26
66125 Dudweiler
Telefon: (0 68 97) 7 55 75
Fax: (0 68 97) 179 400
E-Mail: kummer.willi@arcor.de
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 5 45 52
Fax: (06 81) 5 45 53
Internet: www.dpolg-saar.de
E-Mail: dpolg-saar@t-online.de
ISSN 0937-4876



Sicherheitsrisiko Lang-Lkw: Neue Dimension im Straßenverkehr

Polizei, Autoclub und Bahnbündnis warnen vor Unfällen

Der Widerstand gegen Riesen-Lkw-Testfahrten unter der Regie des Bundesverkehrsministeriums wächst: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoLG), der ACE Auto Club Europa und die Allianz pro Schiene warnten am 25. Januar in Berlin davor, diese neue Dimension im Straßenverkehr auf die Autofahrer loszulassen.

„Die Verkehrssicherheit muss Vorrang vor dem Profitstreben einzelner Spediteure haben“, sagte **DPoLG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt** auf einer Pressekonferenz von DPoLG, ACE und Allianz pro Schiene in Berlin. Polizei und Autofahrer seien durch längere Lastwagen überfordert, ein Ansteigen der Unfallzahlen sei vorprogrammiert. Auch Wolfgang Rose, Vorsitzender des ACE, kritisierte die für Anfang 2011 geplanten Testfahrten durch bereitwillige Bundesländer. „Schon jetzt ist an jedem fünften tödlichen Unfall ein Lkw beteiligt. Autofahrer haben Angst vor Monstertrucks auf unseren Autobahnen.“ Nach Ansicht der Allianz pro Schiene führt der Riesen-Lkw lediglich zu noch mehr Lkw-Verkehr auf den Straßen. „Dass längere Lastwagen die Autobahnen entlasten, ist eine

verkehrspolitische Mär“, sagte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege. „Alle seriösen Studien belegen das Gegenteil.“

Die DPoLG befürchtet durch den Einsatz von Gigalinern eine neue Dimension im Straßenverkehr, die andere Verkehrsteilnehmer überfordert. **Rainer Wendt:** „Das entscheidende Problem ist, dass jeder Verkehrsteilnehmer beim ‚Verhalten‘ gegenüber Gigalinern sich selbst überlassen ist. Es gibt keine besondere Kennzeichnung, Absicherung oder polizeiliche Begleitung. Kontrollen durch die Polizei sind nur sehr begrenzt möglich.“ Geeignete Kontrollorte fehlten, ebenso technische Kontrollmöglichkeiten für die Abmessungen oder zugelassene Waagen für das Gewicht.

„Weil die personelle Lage bei der Polizei ohnehin schon angespannt ist, können wir die notwendige permanente Überwachung der Riesen-Lkw und der für die Tests vereinbarten Routen nicht gewährleisten“, sagte Wendt. Als weiteres Problem sieht die DPoLG die besondere Fahrerqualifikation, die zur Lenkung solcher Ausnahmefahr-

zeuge erforderlich ist. Wendt: „Diese Qualifikation ist unzureichend geklärt. Es ist zu befürchten, dass Speditionen aufgrund ökonomischen Drucks die Ausbildung ihrer Fahrer vernachlässigen auf Kosten der Sicherheit.“

Der ACE wies darauf hin, dass der Straßenverkehr durch Riesen-Lkw noch gefährlicher werde. „Um das zu sehen, brauche ich keinen Testversuch. Es reicht der gesunde Menschenverstand“, sagte ACE-Chef Rose. Jedes Überholen eines überlangen Lastwagens koste zusätzliche Sekunden, die über Leben und Tod entscheiden können. Dass die Befürworter der Riesen-Lkw damit argumentieren, dass die 25 Meter langen Lastwagen nur auf Autobahnen fahren dürften, ließ Rose nicht gelten. Bereits unter Laborbedingungen müssten Gigaliner lange Strecken zurücklegen, um auf die Autobahn zu gelangen. „Wenn Riesen-Lkw erst einmal zugelassen sind, sind sowieso alle Schwüre vergessen.“

Die Allianz pro Schiene kritisierte den verkehrspolitischen Widersinn der Testversuche. „Statt den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, um die

Straßen für Autofahrer sicherer zu machen, strebt das Verkehrsministerium das glatte Gegenteil an“, sagte der Allianz pro Schiene-Geschäftsführer. Mit dem Riesen-Lkw werde Verkehr von der Schiene und dem Binnenschiff auf die Straße verlagert. Durch geminderte Transportkosten würden Unternehmen ermutigt, ihre Lagerhaltung auf die Straße zu verlegen. „Mit beiden Effekten wird zusätzlicher Straßen-güterverkehr erzeugt und beide Effekte sind von der Lkw-Lobby auch genauso gewollt“, sagte Flege. „Was auf der Strecke bleibt, ist die Verkehrssicherheit.“

Die Konferenz der Länderverkehrsminister hatte im Oktober 2010 den Plänen der Bundesregierung, noch 2011 mit einem bundesweiten Test zu beginnen, eine Absage erteilt. Seitdem treibt der Bund den Test in einer abgespeckten Variante voran. Bereits im Frühling 2011 könnten Monstertrucks durch Hessen, Sachsen, Thüringen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg rollen. ■



Europa rügt Sicherungsverwahrung in Deutschland

DPolG: Neuregelung muss endlich gerichtsfest sein

Die erneute Rüge des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an der Praxis der Sicherungsverwahrung in Deutschland zwingt nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Bund und Länder dazu, nun schnell spezielle Einrichtungen für psychisch gestörte Täter zu schaffen.

DPolG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt mahnt vor allem

die Länder, das Problem nicht auf die lange Bank zu schieben. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, sicher und angstfrei zu leben. Dazu gehört es, den Schutz vor wesentlich gefährlichen Menschen unter allen Umständen zu gewährleisten.“

Wendt appelliert an die deutschen Gerichte, aufgrund der Rüge aus Straßburg jetzt keine vor-

schnellen Entscheidungen zu treffen, sondern alle Rechtsmöglichkeiten, die der Sicherheit der Bevölkerung dienen, auszuschöpfen. „Es darf trotz der Ermahnung Deutschlands keinen Automatismus geben, Sicherungsverwahrte sofort zu entlassen. Die Polizei ist auch kaum in der Lage dazu, aus der Sicherungsverwahrung Entlassene und immer noch gefährliche potenzielle Täter

rund um die Uhr zu überwachen. Das gibt die personelle Situation bei der Polizei einfach nicht her.

Die zu schaffenden Einrichtungen müssen sich jedoch deutlich vom Strafvollzug unterscheiden.

Wendt: „Es darf unter keinen Umständen passieren, dass die neue Art der Sicherheitsunterbringung wieder vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gerügt wird. Noch einen Rückschlag kann sich Deutschland nicht leisten. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger genießt oberste Priorität. Das heißt, es muss jetzt schnell, aber mit Sorgfalt, das heißt gerichtsfest, gehandelt werden.“ ■



Stiftung der DPolG

Auch Helfer brauchen Hilfe

„Die Polizei – Dein Freund und Helfer!“ Dieses Motto ist allseits bekannt und kann von jedem in Anspruch genommen werden. Aber auch Polizisten, Justizbeamte, Berufsfeuerwehrleute und Sanitäter sind Menschen wie Du und ich und brauchen auch selbst Freunde und Helfer.

Schlimme Erlebnisse im Berufs- und Privatleben verletzen Körper und Seele und beeinträchtigen nachhaltig die Einsatzmöglichkeit im Dienst für die Mitmenschen. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass Kolleginnen und Kollegen oft mit ihren Sorgen und Nöten in unserer Gesellschaft alleine gelassen werden.

Genau hier setzt das Engagement unserer DPolG-Stiftung an: Sie möchte Kolleginnen und Kollegen helfen, durch Ruhe, Natur und Erholung, fern ab vom Alltag, zu neuen Kräften zu kommen und sie somit unterstützen, die „Schutzweste für die Seele“ wieder zu stärken.

Die Häuser liegen in landschaftlich reizvoller Lage in Lenggries, Fall am Sylvensteinsee und Niedernach am Südufer des Walchensees. Im Sommer wie im Winter bieten sich hier am Alpenrand eine Vielzahl von Sport- und Ausflugsmöglichkeiten. Betroffene haben die Möglichkeit, in den Einrichtungen





Ruhe und Erholung zu finden. Egal zu welcher Jahreszeit, das oberbayerische Voralpenland mit seinen Bergen, Tälern, Wiesen und Flüssen bietet jederzeit den passenden Ort, um in unberührter Natur zu neuen Kräften für Körper und Seele zu gelangen!

Die Anzahl der Betroffenen, die unsere Unterstützung benötigen, steigt jährlich und ihnen gebührt der absolute Vorrang in den Unterbringungen. Sind die Häuser nicht vollkommen ausgelastet, bietet sich Angehörigen der in Stiftungszweck und Stiftungszielen aufgeführten Berufsgruppen wie Polizeibeschäftigte, Berufsfeuerwehren/ Rettungssanitäter und Justizvollzugsbeamte (Strafanstalten) die Möglichkeit, die Einrichtungen für einen Urlaub zu nutzen. Momentan stehen sieben Ferienappartements und drei Bungalows in Fall und drei Appartements in Lenggries zur Verfügung. Ein weiteres Appartement kommt in diesem Jahr hinzu. Auch hofft die Stiftung, dass die aufwändigen Umbau- und Renovierungsarbeiten am Haus in Niedernach in den nächsten Jahren abschließen zu können.

Für Details bezüglich Ausstattung der einzelnen Unterkünfte,

Preisen, Zeiträume und Ähnlichem setzen Sie sich bitte direkt schriftlich oder telefonisch mit dem Team der Geschäftsstelle in Verbindung.

Kontakt:
Stiftung der DPoIG
Wackersberger Str. 12,
83661 Lenggries,
Telefon: 08042.972520,
Fax: 08042.972522,
info@dpolg-stiftung.de
Bankverbindung: Sparda Bank
München eG, BLZ 700 905 00,
Konto 1 999 990

Auch einige Kollegen aus unserem Bundesland haben die Hilfe und Unterstützung in Anspruch genommen.

Nach dem Aufenthalt in einem der Stiftungshäuser in Bayern, meistens mit dem Lebenspartner und den Kindern, waren alle ausnahmslos mit den Leistungen und dem Engagement der Mitarbeiter sehr zufrieden.

Die gemeinnützige Stiftung braucht natürlich auch Hilfe und ist auf Unterstützung angewiesen. Wer spenden möchte, kann dies gerne unter der oben angegebenen Bankverbindung tun.

Weitere Auskünfte erteilt auch die Landesgeschäftsstelle der DPoIG in Saarbrücken,
Telefon: 0681.54552. ■

> Informationsveranstaltung des dbb saar zum Thema:

„Sicherheit im Alltag“

7. April 2011, 16.00 Uhr
Arbeitskammer des Saarlandes – Großer Saal
Fritz-Dobisch-Str. 6 in 66111 Saarbrücken

- > Täuschen, lügen, tricksen
- > Wie gehen Täter vor?
- > Wie erkennen Sie die Täter?
- > Wie können Sie sich schützen?
- > Was tun, wenn es doch passiert?

Referent: Rudi Schmidt, Senioren- und Sicherheitsbeauftragter (früher Kontaktpolizist in St. Wendel)

Die Teilnahme ist für Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften kostenlos. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich. ■

> Vorankündigung



29. Fest mit der Polizei

am Samstag, den 21. Mai 2011, 20.00 Uhr
in der Riegelsberghalle

Programm:

- > Edwina de Pooter, Sängerin und Entertainerin
- > Big-Band des Polizeimusikkorps des Saarlandes

Eintritt:

Mitglieder frei
Nichtmitglieder neun Euro

Wir freuen uns auf Euren Besuch!

> *Wir gratulieren*
zum Geburtstag ...

... im Monat März und Anfang April 2011:

11. 3. 2011	Markus Scherer	30 Jahre
21. 3. 2011	Werner Gemenig	60 Jahre
24. 3. 2011	Hartmut Oswald	67 Jahre
25. 3. 2011	Armin Pfeiffer	40 Jahre
27. 3. 2011	Karl-Heinz Fischer	82 Jahre
1. 4. 2011	Berno Scherer	62 Jahre



> Siegmond Rau (rechts)



> Karl-Herrmann Wunn (rechts)

Unsere Mitglieder Siegmond Rau und Karl-Herrmann Wunn vollendeten am 18. Januar 2011 beziehungsweise am 2. Februar 2011 ihren 60. Geburtstag. Der Landesvorsitzende der DPoIG, Horst Dörr, überbrachte persönlich die besten Wünsche und ein Präsent. ■